

Herzog, Roman: Europa neu erfinden. Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie. München: Siedler 2014, 160 Seiten, € 17,99.



Die Welt befindet sich auf politischer und wirtschaftlicher Ebene im Umbruch. Dieser „Neuordnung“ (S. 7) der weltpolitischen Zusammenhänge muss die Europäische Union überzeugend und konsequent begegnen. Die Frage, ob und wie ihr das gelingen kann, steht im Zentrum des neuesten Buchs von Roman Herzog. Dabei kritisiert der Bundespräsident a. D. die „Kompetenzlosigkeit“ (S. 81) europäischer Institutionen und analysiert Gründe für den Vertrauensverlust der Unionsbürger in ebendiese.

Ein geschichtlicher Abriss zum Entstehungsprozess der Europäischen Union dient der Heranführung an das Thema. Die anschließende kurze Erklärung der einzelnen Organe der EU schafft ein grundlegendes Verständnis für deren Funktionsweise und erhöht die Nachvollziehbarkeit der späteren Argumentation.

Herzog stellt die These auf, dass sich die EU durch jede weitere Übertragung von Zuständigkeiten durch die Mitgliedsstaaten weg von einem demokratischen Gebilde hin zu einer Teildemokratie entwickelt. Daraus folgert er, dass die EU eher einer konstitutionellen Wahlmonarchie entspricht. Ein Ausgleich des „Demokratie-Defizit[s]“ (S. 25) wird durch das Fehlen einer europäischen

Nation erschwert. Außerdem verfügen die Mitgliedsstaaten über unterschiedliche Interpretationen von Demokratie. Die Struktur der EU subsumiert all diese Demokratieverständnisse und stellt daher eine neuartige Konstruktion dar.

Die Frage, wie eine solche Organisation zu betiteln ist, beantwortet Herzog, indem er die Begriffe Bundesstaat und Staatenbund voneinander abgrenzt. Die EU ist letztlich keines von beiden, sondern ein Staatenverbund.

Anschließend wird der Prozess der Regionalisierung als Gegenbewegung zur Kolonisation thematisiert. Im Vordergrund steht dabei die Bedeutung der Regionalisierung für die Bildung von größeren politischen Einheiten, wie beispielsweise der EU oder der Nato. Zugleich wird der Aufgabenwandel der EU kritisch beleuchtet und die Forderung erhoben, dass die EU nur in solchen Bereichen agieren soll, in welchen die Mitgliedsstaaten gemeinsame Interessen verfolgen. Hierdurch kann eine Effizienzsteigerung der europäischen Institutionen erreicht werden.

Da EU-Richtlinien von den Unionsbürgern oft als Einengung wahrgenommen werden und zudem wenig Bezug zur europäischen Wirklichkeit aufweisen, plädiert Herzog für einen Normenabbau. Er regt an, eine jährliche Mindestzahl außer Kraft zu setzender Normen zu definieren. Außerdem fordert er, sich auf das ursprüngliche Verständnis der Richtlinie zu besinnen. Diese wurde als verbindliches Ziel konzipiert, welches aber durch frei wählbare Mittel erreicht werden kann. Eine solche Definition räumt den Mitgliedsstaaten mehr Selbstbestimmung ein, was das Einengungsgefühl der Bürger mindert.

Für eine effizientere Funktionsweise der EU ist darüber hinaus die innere Ho-

mogenität von Bedeutung. Herzog versteht darunter die Übereinstimmung der einzelnen Staaten und ihrer Völker in den zentralen Fragen politischer und ethischer Grundüberzeugungen sowie der Rechts- und Verfassungstraditionen.

Damit zusammenhängend formuliert Herzog Kritik an der „Aufnahmepolitik“ (S. 116) der Union. Diese begründet sich darin, dass der Fokus eher auf der politischen Ausrichtung des Beitrittskandidaten als auf seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegt. Die einzige Lösungsmöglichkeit sieht Herzog in der Bildung eines Zwei-Ebenen-Europas. Dies bedeutet, dass auf der Ebene einer „Wirtschaftsgemeinschaft“ (S. 112) und der Ebene einer „europäischen Weltpolitik“ (S. 112) unterschiedliche Mitgliedsstaaten aufgenommen werden können.

Zuletzt betont Herzog die Verantwortung der einzelnen Regierungen, das zentrale Prinzip der Subsidiarität zu wahren und unkonkrete Regelungen zu vermeiden. Hierzu müssen schon im Gesetzgebungsverfahren konkrete Detailformulierungen durchgesetzt werden.

An das Ende seines Buches stellt Herzog eine stichpunktartige Zusammenfassung seiner kritischen Analyse. Dies ermöglicht es dem Leser, die einzelnen Ansätze zu verknüpfen: Der Vertrauensverlust in die EU wird mit der Zins- und Währungspolitik (einschließlich Finanzkrise), der fehlenden außenpolitischen Kompetenzen und vor allem der „Normenflut“ (S. 88) begründet. Daraus leitet Herzog abschließend sieben Forderungen zur Effizienzsteigerung der Europäischen Union ab. Diese sind zwar in den einzelnen Kapiteln bereits angeklungen, aber selten explizit ausgeführt worden.

Insgesamt ist die Logik der Argumentation Herzogs nachvollziehbar. Auf verständliche Weise werden das Konstrukt der Europäischen Union kritisch beleuchtet, Verfehlungen aufgezeigt und Lösungsansätze vorgestellt. Allerdings wünscht sich der Leser an manchen Stellen detailliertere Erklärungen und zusätzliche Literaturhinweise, die zu einem vertieften Einstieg in die Thematik hilfreich wären. Das Buch richtet sich weniger an ein Fachpublikum als vielmehr an die breite Öffentlichkeit. Es bietet eine ausgewogene Perspektive auf die Vor- und Nachteile der EU. Der Essaycharakter ist ansprechend, die knapp 160 Seiten lesen sich daher flüssig. Dem Buch ist eine interessierte Leserschaft zu wünschen.

RAMONA MARKMILLER



Ratka, Edmund: **Deutschlands Mittelmeerpolitik.**  
Nomos Verlag: Baden-Baden 2014, 355 Seiten,  
€ 64,00.

Das Buch ist eine Dissertation im Fach Politologie an der LMU München. Es ordnet sich thematisch in die Reihe der Versuche ein, das Mit-, Gegen- und Nebeneinander von national bestimmter Außenpolitik und gemeineuropäischer Politik der in der EU zusammengesetzten Partner zu analysieren. Hier